



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

11. Jahrgang, Nummer 06 / 2014

Liebe Leserinnen und Leser,



69 Jahre nach den Abwürfen der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki sind Waffengeschäfte und Kriege immer noch weltweit an der Tagesordnung. Die Umweltbewegung ist aufgerufen, gemeinsam mit der Friedensbewegung dazu beizutragen, dass Rüstungsexporte und Militäreinsätze gestoppt werden. Kein leichtes, aber ein dringend notwendiges Unterfangen. Mehr dazu in diesem Newsletter auf Seite 5.

Friedensbewegte Grüße aus der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Unterstützt mit kleinen und großen Spenden die Aktivitäten des BBU!

Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Vor uns liegen weiterhin viele Aufgaben und zur Finanzierung der Arbeit des BBU bitten wir um großzügige **Spenden**. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Informationen zum BBU-Spendenaufwurf gegen Fracking unter

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufwurf%20Fracking.pdf>.

40 Jahre BI Umweltschutz Offenburg

Die BI Umweltschutz Offenburg, eine langjährige Mitgliedsorganisation des BBU, ist 40 Jahre jung geworden. Der BBU hat der BI zu diesem besonderen Jubiläum gratuliert. In dem Schreiben des BBU an die BUO heißt es, "der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) möchte Euch als Dachverband der BUO ganz herzlich zum 40. Geburtstag gratulieren. Wir möchten uns bei Euch für euer langjähriges Engagement bedanken und wünschen Euch eine erfolgreiche Jubiläumsfeier. 40 Jahre sind in der Umweltschutzarbeit eine sehr lange Zeit – wir wissen das als BBU sehr genau, da wir ja selber schon vor zwei Jahren 40 geworden sind. Gemeinsam haben wir die Entwicklung

der Umweltpolitik seit den 70er Jahren miterlebt und auch mit gestaltet.

Leider konnte Christa Reetz den 40. Geburtstag des BBU nicht miterleben und auch nicht den 40. der BUO. Viele Jahre war sie unermüdlich tätig und war immer ein wichtiges Bindeglied zwischen der BUO und dem BBU. In der Erinnerung an Christas Aktivitäten in Offenburg und auf der Bundesebene sind wir gefordert, in die Zukunft zu blicken. Wir als Umweltschutzbewegung sind gehalten, uns bestmöglich in die Entwicklungen einzubringen und uns bei Bedarf quer zu stellen. Konsequenter Umweltschutz erlaubt keine Kompromisse. Weder bei der Nutzung der Atomenergie, noch beim Fracking und auch nicht beim Artenschutz, in dem Ihr ja auch sehr aktiv seid.

Der Natur- und Umweltschutz wird weiterhin Initiativen wie die BUO dringend benötigen. Wir wünschen Euch daher weiterhin viel Kraft für euer Engagement – aber auch den notwendigen Spaß dabei, ohne den auch der beste Umweltschutz nicht auskommt. Und meldet Euch bitte, wenn wir als BBU konkrete Aktivitäten der BUO unterstützen können."

Informationen über die Arbeit der BUO unter <http://www.die-buo.de>.



Termine aus den Reihen der Umwelt- und Friedensbewegung

Die BBU-Terminübersicht reicht schon bis in das Jahr 2015. Es lohnt sich, immer wieder einen Blick auf die Terminübersicht des BBU zu werfen. Die BBU-Terminübersicht erleichtert den Blick über den eigenen Tellerrand und kann bei der Planung von Aktionen dazu beitragen, dass ungünstige Terminüberschneidungen vermieden werden.

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Kurzbericht von der BBMN-Jahreshauptversammlung

Vor wenigen Tagen fand die alljährliche Hauptversammlung des BBMN statt. Bei dem gut besuchten Abend wurde mit Berichten vom Vorstand, der Strahlenmessgruppe und vom neukonzipierten "Treffpunkt Antiatom" deutlich, dass die Antiatomarbeit in der Region Neckarwestheim nach wie vor auf soliden Füßen steht. Die neue Struktur, in welcher der BBMN sich auf die Arbeit als Dachverband konzentriert, hat sich bewährt. Daneben war auch die Arbeit des Trägerkreises zur jährlichen Fukushima-Jahrestag-Demo sowie die Mitarbeit in der "Infokommission Neckarwestheim" Thema des Abends. Der BBMN-Vorstand wurde turnusgemäß neu gewählt und besteht nach wie vor aus Wolfram Scheffbuch (1. Vorsitzender), Stefan Mende-Lechler (2. Vorsitzender) und Matthias Vest (Kassierer).

Quelle und weitere Informationen zum AKW Neckarwestheim: <http://www.bbm.de>.

Der BBMN ist im BBU organisiert.

Gründung des „Rechtshilfefonds Atomerbe Grohnde e. V.“

Auf der „Regionalkonferenz AKW Grohnde abschalten“ am vergangenen Samstag in Hameln wurde beschlossen, den „Rechtshilfefonds Atomerbe Grohnde e.V.“ in Form eines eingetragenen Vereins zu gründen. Mit diesem Fonds wird ein Kläger oder eine Klägerin unterstützt, der bzw. die in einem Prozess die Betroffenheit persönlicher Rechte geltend machen kann. Darauf basierend kann eine Klage gegen die Betriebsgenehmigung des AKW geführt werden. Ein potentieller Kläger signalisierte auf dem Treffen eine grundsätzliche Bereitschaft zur Klage, wobei nach seinen Angaben noch grundsätzliche Voraussetzungen zu klären sind.

Quelle und weitere Informationen:

http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1365&Itemid=1

Wolfgang Ehmke von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zum Stand der Dinge beim Endlager Gorleben

Kleine Erfolge – große Aufgaben

Gorleben wird dicht gemacht! Schön wär's. Aber was Zeitungen titeln, führt Leser_innen hinter's Licht. Bei Lichte gesehen stimmt Folgendes: Das Bundesumweltministerium will das sogenannte Erkundungsbergwerk Gorleben offen halten, lediglich der bisherige Erkundungsbereich I soll außer Betrieb genommen werden. Das erklärten Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth und der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) am 29. Juli auf einer Pressekonferenz in Lüchow. Das Erkundungsbergwerk dürfe nicht unbrauchbar gemacht werden, erklärte Flasbarth, so sei es im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgeschrieben.

Ein bisschen Gorleben geht so wenig wie ein bisschen schwanger. Der Standort bleibt im Rennen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz hatte hingegen vorgeschlagen, die Strecken und Gruben unter Tage sukzessive zu verfüllen und durch die Evaluation des StandAG die rechtlichen Voraussetzungen für den Rückbau bis zur grünen Wiese zu schaffen.

Darüberhinaus haben Flasbarth und der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) sich darauf verständigt, das atomrechtliche Planfeststellungsverfahren aus dem Jahr 1977 für obsolet zu erklären. Endlich! Seit einem Jahr drängen wir darauf, dass dieses Verfahren beendet wird, um einen möglichen Plan B für Gorleben – sollte das StandAG scheitern – auszuschließen. Wir verbuchen das als unseren Erfolg.

Es gibt die Energiewirtschaft, die sich aus ihrer Verantwortung für die Finanzierung des Atommüllsasters heraus stehlen will und die darauf verweist, dass in den Salzstock Gorleben bereits 1,7 Mrd. Euro versenkt wurden. Es gibt eine Aktenlage "pro Gorleben", die in den vergangenen 37 Jahren geschaffen wurden, es gibt Eignungsaussagen und Eignungsprognosen seitens der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und es gibt eine Veränderungssperre in Gorleben. Allein für den Salzstock Gorleben gilt, dass "Veränderungen" unterhalb einer Tiefe von 50 bis 100 Metern untersagt sind, die die Standorterkundung erschweren könnten. Wohlgermerkt, das gibt es nur für Gorleben, und das, obwohl die Erkundung offiziell für beendet erklärt wurde – ein Widerspruch in sich, der Gorleben aber gegenüber anderen potentiellen Standorten privilegiert. Selbst von einer "Egalität" im Vergleich zu anderen potentiellen Standorten ist Gorleben also noch weit entfernt.

Deshalb werden wir weiter die Hintergründe ausleuchten und dafür kämpfen, dass Gorleben mit seinen großen geologischen Mängeln als Endlagerstandort ausscheidet. Erst dann wäre der Weg frei für einen "Neubeginn" bei der Endlagersuche...

Ein Kommentar vom 30. Juli 2014. Quelle: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=12143#more-12143>

Die BI Lü-Da ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Stresstest: Sicherheitsmängel in Urananreicherungsanlage Almelo

In der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo müssen nach einem Stresstest aus Sicherheitsgründen Leitungen für abgereichertes Uranhexafluorid ausgetauscht werden, weil bei einem Bruch möglicherweise hochgefährliches Uranhexafluorid austreten könnte. Die Kosten für die Behebung der Sicherheitsmängel werden mit 500 000 Euro veranschlagt. Eine entsprechende Genehmigung wurde jetzt von der niederländischen Regierung erteilt. Dies meldet der niederländische Fernsehsender RTV Oost.

Die Urananreicherungsanlage (UAA) Almelo wird genau wie die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau vom internationalen Urananreicherer Urenco betrieben. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

sowie die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland fragen nun, ob ähnliche Sicherheitsmängel auch beim Stresstest in der Urananreicherungsanlage Gronau festgestellt wurden.

„Die Meldung aus den Niederlanden wirft viele Fragen für Gronau auf: Müssen auch hier Leitungen in der Uranfabrik ausgetauscht werden? Wie sieht es mit den anderen Uranleitungen aus? Jetzt ist eindeutig die Atomaufsicht in Düsseldorf am Zug,“ forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Zudem kritisierte Buchholz, dass es für das Verfahren der Anlagenänderung in Almelo keine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben hat, so wie es bei früheren Verfahren der Fall gewesen ist.

Für Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen stellen sich noch weitere Fragen: „Gelten in den Niederlanden womöglich schärfere Sicherheitsbestimmungen als in NRW? Wird die NRW-Landesregierung als Atomaufsicht nun die entsprechenden Bereiche in der Gronauer Uranfabrik neu untersuchen lassen?“

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.enschedevoorrede.nl, www.laka.org



Hinweis an die Redaktionen: Den Originalbeitrag vom 25. Juli auf RTV Oost finden Sie unter folgendem Link: <http://www.rtvooost.nl/nieuws/default.aspx?nid=194627&cat=1>

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsorganisationen AKU Gronau und Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 31.07.2014. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/31.07.14.pdf>

Bundesweite Kampagne „Atommüllalarm“ vom 13. September bis 30. Oktober 2014

Die Aufgabe der Herbstkampagne wird sein – da waren sich die Teilnehmer des Treffens in Göttingen einig - dass die Menschen an den Standorten sich mit ihren Atommüllproblemen vor Ort auseinandersetzen. Eine bundesweite Debatte soll entstehen. Drei Säulen sollen die Kampagne tragen. 1. Die Bestandsaufnahme Atommüll wird im Herbst ins Netz gestellt und ständig aktualisiert werden. Informationen zu jedem Standort können dann jederzeit aufgerufen werden. 2. Eine bundesweite etwa sechswöchige Kampagne „**Atommüllalarm**“ soll die einzelnen Standorte zusammenbinden. Im Mittelpunkt wird eine Unterschriftenaktion stehen mit konkreten Forderungen an die Bundesregierung.

Quelle und weitere Informationen:

http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1362&Itemid=1

Energiewende

Klimacamp im Rheinland – echte Energiewende in NRW dringend erforderlich!

Im Rheinland beginnt an diesem Wochenende das „Klimacamp Rheinland 2014“. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit dem Camp und ruft ebenfalls zum Engagement für die Energiewende auf.



Bei strahlendem Sonnenschein begann bereits der Aufbau des Klimacamps am Lahey-Park bei Holzweiler/Erkelenz. Die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer brachten Bänke, Lebensmittelspenden, Strohbällen, Flipcharts und vieles mehr zum Camport, bauten erste Zelte auf, kümmern sich um die Strom- und Wasserversorgung. Die Veranstalter/innen freuen sich, dass nach langen Wirren der Ortssuche ein guter Platz für das Camp gefunden wurde: Von Bäumen umgeben und dazu in einem politisch hochbrisanten Gebiet, von dem noch nicht klar ist, ob es abgebaggert wird oder nicht.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit dem Klimacamp und wünscht ihm eine gute Beteiligung. In einer Grußbotschaft des BBU an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Camp heißt es:

„Wir hoffen, dass das Klimacamp mit dazu beiträgt, einer echten Energiewende näher zu kommen. Und die ist gerade hier in NRW dringend erforderlich. Noch immer wird in NRW auf Kohle gesetzt, noch immer wird in Gronau Uran für Atomkraftwerke in aller Welt angereichert und noch immer drohen auch in NRW Grundwasser- und Bodenver-seuchungen durch Fracking. In dieser Situation ist es richtig und wichtig, dass sich aktive Menschen vernetzen, um gemeinsam in Klimacamps, mit Demonstrationen, in

Arbeitsgruppen und mit Öffentlichkeitsarbeit dafür zu sorgen, dass den Klimakillern und Atommüllfabriken ein Ende bereitet und den erneuerbaren Energien noch besser als bisher der Weg geebnet wird.“

Weitere Informationen zum Campverlauf und Hintergrundinformationen zum Braunkohleabbau findet man im Internet unter <http://www.klimacamp-im-rheinland.de>. Telefonische Auskünfte gibt es unter 01573-2551175 und 01573-2551176.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 25.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/25.07.14.pdf>

Fracking

Fracking-Standort bei Saal

Am 16.06.2014 hat CEP begonnen, Stimulationsflüssigkeit in den geologischen Untergrund zwischen Saal und Boden zu pumpen. Dieser Vorgang wird allgemein als „Fracken“, also das hydraulische Aufbrechen von Gesteinsschichten zur Öl- und Gasförderung bezeichnet. Die beteiligten Firmen bevorzugen allerdings Euphemismen wie „Hydraulische Stimulation“ u.a., weil sich „Fracking“ seit den zahlreichen Negativerfahrungen mit dieser Technik nicht mehr so gut anhört.

Quelle und weitere Informationen unter

<http://lubminnixda.blogspot.de/2014/06/17/saal-menschenkette-protestierte-gegen-beginn-des-frackings>

Zweites Gutachten des Umweltbundesamtes zu Fracking: Verpasste Chance für eine tiefgehende Analyse der Umweltgefahren des gefährlichen Gasbohrens

Als verpasste Chance, die Umwelt- und Gesundheitsgefahren des Frackings detailliert zu analysieren sowie Schutz- und Vorsorgemaßnahmen aufzuzeigen, bewertet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) das zweite Gutachten des Umweltbundesamtes (UBA) zu Fracking. Das Gutachten soll Mittwoch (30.07.2014) auf einer Pressekonferenz des UBA vorgestellt werden. Der Anti-Fracking-Bewegung liegt es bereits jetzt vor. Eine erste Analyse zeigt, dass weiterhin schwerwiegende wissenschaftliche Mängel bestehen, die bereits bei der Vorstellung des Entwurfs des Gutachtens zu Beginn dieses Jahres und bei der nachfolgenden Verbändebeteiligung von Bürgerinitiativen aufgezeigt wurden. Für den forcierten Einstieg in die Hochrisikotechnik, wie sie Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel und Bundes-Umweltministerin Hendricks vor wenigen Wochen in einem Eckpunktepapier angekündigt haben, bietet das Gutachten keinerlei Legitimation.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Nach der Vorstellung des Gutachtenentwurfs im Januar dieses Jahres hat die Anti-Fracking-Bewegung im Rahmen der Verbändebeteiligung eine fünfzig Seiten umfassende Stellungnahme an das Umweltbundesamt geschickt. Darin wurden detailliert Widersprüche, Erkenntnis- und Ermittlungslücken aufgezeigt sowie nicht nachvollziehbare subjektive Wertungen kritisiert. Eine erste Durchsicht der uns nun vorliegenden Endfassung zeigt, dass das Gutachten sich so gut wie nicht verändert hat. Die Kritik der Bürgerinitiativen, die das Gutachten als mangelhaft einstufen, besteht damit weiter fort. Statt 'ökologische Leitplanken für Fracking' zu errichten, geht mit diesem Gutachten die umweltpolitische Geisterfahrt beim Gasbohren weiter.“

<http://www.bbu->

[online.de/Stellungnahmen/Stellungnahme%20Fracking%20zum%20Entwurf%20des%20Gutachtens%20Teil%202.pdf](http://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/Stellungnahme%20Fracking%20zum%20Entwurf%20des%20Gutachtens%20Teil%202.pdf)

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 29.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/29.07.14.pdf>

BBU fordert von UBA-Präsidentin Krautzberger: Klarer Einsatz für ein Fracking-Verbot statt Begriffsverwirrungen und umweltpolitische Placebos

Mit Befremden hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf die Pressekonferenz und Presseerklärung des Umweltbundesamtes (UBA) am Mittwoch (30.07.2014) zum Thema Fracking reagiert. UBA-Präsidentin Maria Krautzberger hatte ein Fracking-Verbot aus rechtlichen Gründen abgelehnt, obwohl der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in einem Gutachten nachgewiesen hatte, dass einem derartigen Verbot keine rechtlichen Gründe entgegenstehen. Zudem hatte sie versucht, das Eckpunktepapier der Bundesminister Gabriel und Hendricks als faktisches Fracking-Verbot darzustellen, obwohl seine Umsetzung die Tür zu Fracking in ganz Deutschland weit öffnen würde. Der BBU fordert die UBA-Präsidentin auf, nicht weiter den SPD-Ministern im Bund bei ihrem Einsatz für Fracking zu sekundieren und stattdessen auf wissenschaftlichen Boden zurückzukehren.



Diplom-Physiker Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Frau Krautzberger begründet die Unmöglichkeit eines Fracking-Verbots mit den Schwierigkeiten von Stoffverboten, z.B. bei Asbest. Damit befindet sie sich neben der Sache. Denn ein Fracking-Verbot ist kein Stoffverbot, sondern das Verbot einer Technik-anwendung. Dass ein solches gesetzliches Fracking-Verbot unproblematisch realisierbar ist, belegt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom Januar 2011 mit dem Titel ‚Förderung von unkonventionellem Erdgas‘. Dass Frau Krautzberger dieses zentrale Dokument ignoriert, ist nicht nachvollziehbar.“

Weiterhin betont der BBU, dass die scheinbare Fracking-Ablehnung durch Frau Krautzberger und ihre Forderung, die von Gabriel und Hendricks „vorgelegten Eckpunkte jetzt schnell in ein Gesetz münden“ zu lassen, äußerst widersprüchlich sind. Denn das Eckpunktepapier der SPD-Minister beinhaltet kein Fracking-Verbot für Schiefergas- und Flözgas, sondern regelt lediglich die Rahmenbedingungen dieses Frackings. So bleiben diese Arten der Gasförderung unterhalb von 3.000 m weiterhin möglich. Unterhalb von 3.000 m werden große Mengen von Schiefergas im Unterkarbon vermutet.

Weitere Informationen zur Kritik des BBU an dem zweiten Gutachten des Umweltbundesamtes (UBA) zu Fracking unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/29.07.14.pdf>

Pressemitteilung des BBU vom 01.08.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/01.08.14.pdf>

BBU fordert von Bundes-Umweltministerin Hendricks: Keine Verschleierung von Pro-Fracking-Plänen, sondern Fracking ausnahmslos verbieten

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wertet die jüngsten Äußerungen von Bundes Umweltministerin Hendricks als erneuten Versuch, den wirklichen Inhalt der von ihr und Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel formulierten Fracking-Pläne gegenüber der Öffentlichkeit zu verschleiern. Statt ihre eigene Aussage, „der Schutz der menschlichen Gesundheit und des Trinkwassers habe ‚absolute Priorität‘ in klare Politik umzusetzen, erlaubt das „Gabriel-Hendricks-Eckpunktepapier“ sowohl Fracking im Sandgestein wie im Schiefergestein. Der BBU fordert die Bundes-Umweltministerin daher auf, das Eckpunktepapier fallen zu lassen und ein Fracking-Verbot ohne Wenn und Aber auf den Weg zu bringen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt zu den Äußerungen von Frau Hendricks: „Wenn die Bundes-Umweltministerin erklärt, dass es ‚Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas zu wirtschaftlichen Zwecken auf absehbare Zeit bei uns nicht geben‘ wird, ist dies weder belegt noch eine Absage an Fracking. Denn Schiefer- und Kohleflözgas kann nach dem Eckpunktepapier der Ministerin unterhalb von 3.000 m problemlos mittels Fracking gefördert werden. Und auch Forschungs-Fracking bleibt auf der Tagesordnung. Zudem lassen ihre Aussagen den Schluss zu, dass nach einer Schamfrist der Einstieg in die wirtschaftliche Gasförderung im Schiefergestein erfolgen wird. Das, was Frau Hendricks der Bevölkerung als Entwarnung verkaufen will, ist in Wahrheit höchst alarmierend“

Auch der Verweis der Bundes-Umweltministerin auf das jüngste Gutachten des Umweltbundesamtes (UBA) ist für den BBU nicht stichhaltig. Weder sind die offenen Fragen aus den bisherigen Gutachten vollständig abgearbeitet worden, noch zeigt das zweite UBA-Gutachten auf, wie ein umfassendes Management der vom Fracking ausgehenden Gefahren erfolgen kann. Angesichts dieser Erkenntnisdefizite bleiben die von Frau Hendricks angekündigten „strengen Regeln zum Fracking“ eine bloße Illusion. Für die Formulierung solcher Regeln gibt es bisher keine wissenschaftliche Grundlage.

Für den BBU steht daher fest: Im Interesse der Bevölkerung und der Umwelt kann nur eine Schlussfolgerung aus dem UBA-Gutachten gezogen werden. Frau Hendricks muss ihr Eckpunktepapier fallen lassen und ein Verbotsgesetz für Fracking ohne Wenn und Aber auf den Weg bringen. Frankreich hat dies bereits getan und damit den strengsten Standard für Fracking gesetzt. Der BBU fordert die Bundes-Umweltministerin auf, direkt nach der Sommerpause ein derartiges Gesetz vorzulegen.

Weitere Presseinformationen des BBU der jüngsten Zeit zum Thema Fracking unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

2. Pressemitteilung des BBU zum Thema Fracking vom 01.08.2014

Anti-Fracking Camp in Großbritannien

Im August findet ein Anti-Fracking--Camp in Großbritannien stat. Weitere Informationen dazu unter [http://www.counterfire.org/events/icalrepeat.detail/2014/08/14/631/248/-](http://www.counterfire.org/events/icalrepeat.detail/2014/08/14/631/248/)

Internationaler Aktionstag gegen Fracking am 11. Oktober 2014

Am 11. Oktober findet erneut ein internationaler Aktionstag gegen Fracking statt. Informationen dazu unter <http://www.globalfrackdown.org>.

Friedensbewegung

Hiroshima-Protest in Gronau und Büchel

Am Sonntag (3. August) haben rund 70 Mitglieder verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen, Friedensorganisationen und Parteien an der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) demonstriert. Mit einer Kundgebung wurde rund 69 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki den Forderungen nach der Abschaffung und Stilllegung aller Atomwaffen, Uranfabriken und Atomkraftwerken Nachdruck verliehen. Außerdem richtete sich die Kundgebung gegen Atomtransporte und gegen die drohende Inbetriebnahme der neuen Uranlagerhalle neben der Urananreicherungsanlage. Dort sollen 60.000 Tonnen Atommüll in Form von Uranoxid eingelagert werden. Bei der Kundgebung kamen Rednerinnen und Redner der Düsseldorfer Organisation "Sayonara Genpatsu", des NRW-Landesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsgegner/innen und des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen zu Wort.

Große Beachtung fanden am Rande der Kundgebung LKW-Anhänger, die auf dem Gelände der Urananreicherungsanlage parkten. Auf jedem der Hänger befanden sich mehrere Container, in denen regelmäßig das hochgefährliche Uranhexafluorid von und nach Gronau transportiert wird.

Angesichts der vielfältigen Gefahren der Urananreicherung plant das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen weitere Proteste gegen die Urananreicherungsanlage. So wird z. B. am 5. Oktober eine weitere Kundgebung an der Gronauer Uranfabrik stattfinden. "Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne zum Thema Atommüll soll dann wieder die ständige Atommüllproduktion in der Gronauer Urananreicherungsanlage in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf ist aufgefordert, das Freilager für Uranhexafluorid zu schließen und die Inbetriebnahme der Lagerhalle für 60.000 Tonnen Uranoxid zu verhindern", so Udo Buchholz vom Vorstand des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Atomwaffen in Büchel

Bei der Kundgebung in Gronau wurde auch auf die Aktionen aufmerksam gemacht, die anlässlich der Jahrestage von Hiroshima und Nagasaki am Atomwaffenlager in Büchel (Rheinland-Pfalz) stattfinden. Am Samstag (2. August) begannen dort die Proteste und in unmittelbarer Nähe des Atomwaffenlagers wurde ein Aktionscamp errichtet, das bis zum 11. August stehen bleibt. Das Camp ist ein zentraler Ort für Aktionsteilnehmende, die Proteste planen und durchführen. Am Fliegerhorst Büchel wird erneut demonstriert, um der Forderung nach dem Abzug der Massenvernichtungswaffen Ausdruck zu verleihen.

Der BBU weist darauf hin, dass rund um die Jahrestage der Atombombenabwürfe über Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August) insgesamt vielerorts Aktionen der Friedensbewegung stattfinden.

Weitere Informationen unter <http://www.urantransport.de>,
<http://www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden/buechel.html>,
<http://www.friedenskooperative.de>, <http://www.bbu-online.de>.
Pressemitteilung des BBU vom 04.08.2014.



Mahnwache zum Jahrestag des Atombombenabwurfs

Die Initiative AtomErbe Obrigheim ruft zur Mahnwache am Mittwoch, 6. August von 18:00 bis 18:30 Uhr auf dem Kirchplatz in Mosbach auf. Anlass ist der Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima am 6. August 1945 und 3 Tage später auf Nagasaki. Es soll der Opfer gedacht und an die Forderung „Nie wieder Krieg“ erinnert werden. Zudem soll der Zusammenhang zwischen der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomtechnologie beleuchtet werden.

Quelle und weitere Informationen zum AKW Obrigheim: <http://www.atomerbe-obrigheim.de/>. Die Initiative Obrigheim ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Naturschutz

Südliche und Mittlere Heideterrasse vernetzt

Neue Internetseite stellt die Bergische Heideterrasse erstmals zusammenhängend zwischen Siegburg und Hilden dar...

Ab heute ist die neue Internetseite www.bergische-heideterrasse.net online. Diese stellt die Bergische Heideterrasse zwischen Hilden und Siegburg erstmals als zusammenhängenden Naturraum vor, gibt detaillierte Informationen zu den einzelnen Teilgebieten, zur Entstehungsgeschichte und zur Ökologie. Auch Naturerlebnisangebote kommen nicht zu kurz: wer Exkursionen besuchen oder bei einem Naturschutzeinsatz mitwirken will, findet unter den Rubriken "Veranstaltungen" und "Aktiv werden" aktuelle Angebote der kooperierenden Biologischen Stationen und des Bündnis Heideterrasse.

"Die südliche Heideterrasse zwischen Sieg und Dhünn mit den Schutzgebieten Wahner Heide und Königsforst wird ja bereits seit 5 Jahren unter www.heideterrasse.net vorgestellt. Unser Anliegen ist es, die Bergische Heideterrasse möglichst vollständig darzustellen und so ein Bewusstsein für diesen Naturraum zu schaffen, das die Menschen für Siebengebirge oder Eifel glücklicherweise schon haben", sagte Holger Sticht, Vorsitzender des Bündnis Heideterrasse. Hierfür wurde die Darstellung der Bergischen Heideterrasse nach Norden auf die Gebiete Leverkusens, Solingens sowie des Kreises Mettmann erweitert. Südliche und Mittlere Heideterrasse werden somit erstmals zusammenhängend dargestellt.

Kooperationspartner des Projekts sind die Biologischen Stationen Mittlere Wupper, Haus Bürgel, Rhein-Berg, Rhein-Sieg, die Naturschutzstation Leverkusen sowie der Dachverband Bündnis Heideterrasse. Der Landschaftsverband Rheinland hat die Förderung übernommen.

Quelle:

<http://www.wahnerheide.net/suedliche-und-mittlere-heideterrasse-vernetzt.285.2.html>

Das „Bündnis Heideterrasse“ ist im BBU organisiert.

Tongerfahren

Fragwürdig - DGUV sieht nach Studie keine Gefahr, rät aber Laserdrucker separat zu stellen!

Hier eine ausführliche Pressemeldung vom 01.06.2014 der Stiftung nano-Control zum weiten Thema der Toner-Gefahren: https://www.nano-control.de/pdf_htm/nC-Presseinfo-140601.pdf

Die Stiftung nano-Control ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 06 / 2014, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.08.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.